

*Prof. Dr. Paul J.J. Welfens, Präsident des Europäischen Instituts für Internationale Wirtschaftsbeziehungen (EIIW) an der Bergischen Universität Wuppertal, Jean Monnet Professor für Europäische Wirtschaftsintegration und Lehrstuhl Makroökonomik; Alfred Grosser Professor 2007/08, Sciences Po, Paris*

*Research Fellow am IZA, Bonn*

*Non-Resident Senior Fellow am AICGS/Johns Hopkins University, Washington DC*

*welfens@eiiw.uni-wuppertal.de, www.eiiw.eu*

*Rainer-Gruenter-Str. 21, D-42119 Wuppertal; +49 202 4391371*

*Prof. Welfens hat gutachterlich zu Wirtschaftsfragen u.a. beim US Senat, beim Europäischen Parlament (zu Basel II und zu Innovationsfragen) sowie in zahlreichen Studien für die Bundesregierung, die Landesregierung Nordrhein-Westfalen, das niederländische Wirtschaftsministerium und weitere namhafte Auftraggeber gewirkt. Paul Welfens ist Träger des Internationalen Kondratieff Preises 2007; 1996 hat er den Preis der Wolfgang Ritter Stiftung, Bremen erhalten; und er ist Mit-Herausgeber der Zeitschrift International Economics and Economic Policy. Laut dem Verlagshaus Springer, Heidelberg, ist er international Deutschlands meistpublizierter Ökonom; siehe auch den EIIW-Newsletter 2009.*

*31. März 2010 © Welfens*

## **Fakten zum IKB-Prozess**

In Düsseldorf findet ein Prozess gegen den ehemaligen Vorstandsvorsitzenden der IKB Deutsche Industriebank, Stefan Ortseifen, statt. Ihm wirft der Staatsanwalt eine strafbare Kursmanipulation vor: Ortseifen habe am 20. Juli 2007 eine Presseerklärung verbreitet, in der es hieß, die US-Hypothekenkrise habe „praktisch keine Auswirkungen“ auf die IKB. Kaum eine Woche später war der IKB die Refinanzierung am Kapitalmarkt weggebrochen und die Bank stand vor dem Absturz – und Ortseifen musste gehen. Ortseifen erklärte gegenüber den Anschuldigungen vor Gericht, dass er völlig unschuldig sei und die IKB durch einen „plötzlichen und unvorhersehbaren Bonitätsentzug“ am Kapitalmarkt in ernste Gefahr geraten sei. Die Deutsche Bank habe ihre Geschäftsbeziehungen zur IKB eingefroren und langjährige Handelslinien geschlossen.

Die Düsseldorfer IKB war die erste Bank in Deutschland, die durch die US-Subprime-Krise 2007 in Existenzgefahr geriet und tatsächlich kann man argumentieren, dass keineswegs ein unvorhersehbarer Bonitätsentzug stattfand – ja man fragt sich überhaupt, wieso die IKB ihr riesiges US-Engagement so überaus kurzfristig und wackelig finanzierte und weshalb der Vorstand nicht im Juni selbst mit einer raschen Rückführung seiner Geschäfte in der bankeigenen Zweckgesellschaft Rheinland Funding Corporation als „US-Flagschiff“ auf aktive Schadensbegrenzung und damit vernünftiges Risikomanagement setzte. Der Ortseifen-Satz, dass die US-Subprime-Krise keine Auswirkungen auf die IKB haben werde, war Wunschdenken und nicht durch Fakten abgesichert.

Ortseifen weist alle Verantwortung von sich und gibt also der Deutschen Bank die Schuld, die damals unerwartet – aus Sicht der IKB – Kredite an die Bank nicht verlängert habe. Dies sei ein Misstrauenssignal für andere Banken gewesen und darüber sei die IKB dann abgestürzt. Das ist eine denkbare Sicht der Dinge, plausibel und faktenbezogen ist sie aber nicht. Die Fakten: Ende 2006 hatten unter allen deutschen Banken das absolut gesehen größte Engagement – direkt und indirekt – im wackeligen US-Subprime-Markt die IKB Deutsche Industriebank und die Sachsen LB; auf Platz 3 lag die Deutsche Bank, wobei deren

Eigenkapital rund 30mal so groß wie das der IKB war. Da man das Subprime-Risiko wie auch andere Investitionsrisiken relativ zum Eigenkapital der jeweiligen Bank sehen muss, war die IKB-Position superrisikant und nachdem im Frühjahr erste US-Banken und US-Fonds mit starkem Engagement im Subprime-Hypothekenmarkt in Schwierigkeiten geraten waren, war klar, dass eine mittelgroße deutsche Bank mit, relativ zum Eigenkapital, riesigen US-Engagements in Probleme geraten musste, als im Sommer 2007 die kurzfristige Refinanzierung der Zweckgesellschaften der Banken via Commercial Papers kaum noch weiter möglich war: zu groß waren die Zweifel an der Werthaltigkeit der Papiere der Zweckgesellschaften. Das war sicherlich schon im Juni jedem klar denkenden Bankier, der die US-Finanzprodukte verstand, einsichtig.

Dass die Deutsche Bank eine alte IKB-Refinanzierungslinie in Kenntnis der eigenen Subprime-Position und der IKB-Hochrisikoexpansion nicht verlängerte, kann dem umsichtig handelnden Branchenprimus aus Frankfurt nicht zum Vorwurf gemacht werden. Während die Deutsche Bank ihre Subprime-Investments allmählich abbaute und zudem durch Kreditversicherungen weitgehend abgesichert hatte, stand der IKB-Vorstand offenbar im wesentlichen auf dem sonderbaren Standpunkt, dass man in den bankeigenen Zweckgesellschaften vor alle Papiere mit A-Rating und damit praktisch keinem Risiko hielt. Diese Sichtweise ist aber, wie jeder gute Student der Volkswirtschaft weiß, insofern grundlegend falsch, als dass aus Anlegersicht Risiko, Rendite und Liquidität zu prüfen sind. Selbst wenn das Ausfallrisiko vor dem Hintergrund eines A-Ratings gering erscheint, so gibt es potenzielle Liquiditätsrisiken: das Problem, dass man ggf. Papiere nicht ohne großen Preisabschlag umgehend im Kapitalmarkt abstoßen kann. Außerdem ist es ein besonderes Risiko, wenn erheblich fristeninkongruent finanziert wird: also bei Zweckgesellschaften mittel- und langfristige Investments getätigt werden, die durchgehend kurzfristig finanziert werden.

Genau diese Liquiditätsprobleme und Fristeninkongruenzen wurden ja in 2007/08 für die IKB und andere Banken relevant und man muss sich fragen, inwiefern der IKB-Vorstand im Rahmen des vom Aktiengesetz und von der Bankengesetzgebung geforderten Risikomanagements tatsächlich eine angemessene Strategie entwickelt hatte. Dazu wird man u.a. prüfen müssen, ob denn die Bank ihre eigenen Produkte bzw. Tochtergesellschaften verstand, risikomäßig vernünftig einordnete und die Kundschaft sorgfältig informierte. Letzteres kann man auf Basis von IKB-Aussagen verneinen, die über Jahre im Internet als Kundeninformationen verfügbar waren, wie nachfolgend belegt wird.

Fragen wir also, ob die IKB Deutsche Industriebank managementseitig, letztlich auf Vorstandsebene, die Subprime-Finanzprodukte bzw. die Investitionen in riskante Asset-backed-securities – also verbriefte Kreditprodukte – wirklich verstand und die Kundschaft zutreffend informierte; eine Frage, die man auch mit Blick auf den Aufsichtsrat stellen kann. Nun konnte man auf der IKB-Website jahrelang folgende Kundeninformation lesen, in der praktisch über die eigene Zweckgesellschaft-Rhineland Funding die falsche Aussage getroffen wurde, dass Investitionen bzw. Investitionen in Rhineland Funding risikolos seien: „Aus Sicht der institutionellen Investoren handelt es sich hierbei also um eine sehr sichere Kurzfristanlage“ schreibt die IKB über Zweckgesellschaften bzw. SPVs (special purpose vehicle) mit forderungsbesicherten Wertpapieren, wobei Rheinland Funding dann in derselben IKB-Information von 2005 als relevantes Beispiel genannt wird: „Mittelstandsfinanzierung im Fokus. Asset Securitisation für den Mittelstand – Finanzoptimierung durch Forderungsverbriefung“ stand bis Sommer 2008 auf der IKB Website und ist als Dokument im Buch Transatlantische Bankenkrise nachzulesen.

Nachdem Rhineland Funding vom Konkursrichter mit einer Quote von rund 55% in 2008 abgewickelt wurde, kann man sicherlich von einem hohen Risiko sprechen, das da in der bankeigenen Zweckgesellschaft Rhineland Funding enthalten war, die ja stark in US-Subprime-Papiere investiert war. Wenn eine Bank in einer Kundeninformation faktisch

grundlegende Fehleinschätzungen zur eigenen großen Zweckgesellschaft äußert – ihr gab die IKB eine Kreditlinie von 8,1 Mrd. €-, dann wird der Vorstandsvorsitzende der Bank nicht argumentieren können, dass die Bank verantwortungsvoll geführt wurde: Es liegt ein Verstoß sowohl gegen das Aktiengesetz wie gegen das KwG vor, das klare Anforderungen an das Risikomanagement einer Bank stellt, die vom Vorstand nicht erfüllt wurden. Denn das Eingehen von Klumpenrisiken ist nicht vereinbar mit einem vernünftigen Risikomanagement. Der Vorstand einer Bank, die relativ zum Eigenkapital viel zu stark im US-Subprime-Markt engagiert ist – noch dazu in den USA, wo die IKB kaum auf langjährige Geschäftserfahrungen bauen konnte – und wo der Vorstand gemäß eigenen Aussagen auf der IKB-Website die Risiken der bankeigenen Zweckgesellschaften nicht richtig versteht, hat grob fahrlässig gehandelt und gegen die eigene Satzung verstoßen, die ja für die Mittelstandsbank IKB ausdrücklich mittelstandsförderliche Geschäftsschwerpunkte vorsieht; spekulative US-Anlagen gehören hierzu – zumal in großem Umfang relativ zur Bilanz und zum Eigenkapital durchgeführt – sicherlich nicht.

Hinter den aufgezeigten Fragen steht natürlich weitergehend eine größere Fragestellung, nämlich wieso die staatliche KfW bzw. der Bund als Haupteigentümer der IKB so dumm sein konnten, den IKB-Vorstand gigantisch in den USA im Subprime-Markt investieren zu lassen. Hier ergeben sich dann wiederum Fragen an die auch von Seiten der KfW bzw. seitens des Bundes entsandten Eigentümerversorger. Dass der Aufsichtsrat einer Bank nur aus Wirtschafts- und Politikvertretern bestand und kein einziger fachlich ausgewiesener Experte aus dem Universitätsbereich vertreten war, ist bedenklich.

Im Übrigen hat Ortseifen vor Gericht erklärt, dass er weder auf die Bundesbank-Anfrage nach den IKB-Risiken vom März 2007 noch auf die Anfrage von Finanzstaatssekretär Asmussen im Juli 2007 etwas zu den Risiken der IKB-Zweckgesellschaften gesagt habe, liege darin begründet, dass er nur nach den direkt bei der IKB liegenden Risiken gefragt worden sei. Diese Antwort ist absurd, da die IKB ja allein bei der Rheinland-Funding mit 8,1 Mrd. € als Kreditlinie im Risiko stand. Hier versucht der IKB-Vorstandsvorsitzende offenbar, die effektiven Risiken der IKB-Bank kleinzureden bzw. das Gericht und die Öffentlichkeit für dumm zu verkaufen. Die IKB war als Bank hochgradig intransparent; sie war nämlich nach dem Eisberg-Modell organisiert und hatte unter Stefan Ortseifen als Vorstandsvorsitzenden absichtsvoll einen erheblichen Teil der Risiken und Erträge unterhalb der für die Bankenaufsicht, Investoren und die Öffentlichkeit ohne weiteres sichtbaren Wasserlinie in Zweckgesellschaften versteckt.

Zu den üblen Punkten, die einem beim Ortseifen-Prozess aufstoßen, gehört im Übrigen die Rolle der BaFin bzw. der Bankenaufsicht, die über alle US-Investitionen der IKB bestens Bescheid wusste und zusah, wie die relativ kleine Bank in den USA massiv in Verbriefungsprodukte von Subprime-Krediten über Autokredite und Kreditkartenkredite investierte: so entstanden Klumpenrisiken, die aber die BaFin scheinbar nicht interessierten. Der Chef der BaFin, Jochen Sanio, schrieb im Vorwort zum Jahresbericht 2008 seiner Behörde, dass er bzw. die Behörde von den Vorgängen in den USA weitgehend überrascht wurde. Das ist ein Fall von Chuzpe, dass nämlich von der BaFin die unter Experten – von BIZ bis Deutsche Bundesbank und EZB – spätestens seit Anfang 2006 weithin bekannten Fehlentwicklungen und Risiken in den USA nicht wahrgenommen wurden. Hat die BaFin wenigstens ihren wissenschaftlichen Beirat damals dazu befragt? Nein, sie hat nämlich gar keinen! Wieso Jochen Sanio vor dem Hintergrund seines Vorworts und der Zustände in der BaFin noch im Amt ist und weiterhin monatlich ein hohes Salär für soviel Wissen und Unwissen erhält, ist eine Frage, die man sich nicht nur als Wissenschaftler, Steuerzahler und Wähler mit großem Fragezeichen stellt. Die Fehler bei der IKB und bei der BaFin sind Ausdruck einer organisierten Verantwortungslosigkeit in Teilen des deutschen Finanzsektors bzw. der Aufsicht, die es im Interesse von Marktwirtschaft und Demokratie sowie der Vermögensinteressen aller unverzüglich dauerhaft abzustellen gilt.